



Wohin mit dem CO2?: In der Altmark formiert sich der Widerstand gegen die geplante Verpressung

Ralf Julke
10.10.2010



Bohrlochkarte
Altmark.
Foto: BI Kein CO2
Endlager Altmark

Atom-Deal, Bildungsmisere, unsoziale Spar-Pakete, ein Bahnprojek mit unkalkulierbaren Folgen - die Deutschen gehen zu Zehntausenden aus Protest auf die Straße. Eine ARD-Umfrage bestätigt: Es ist keine unbedachte Minderheit. Doch einige Politiker machen munter weiter mit einer Politik der Hinterzimmer. So auch in Sachsen-Anhalt.

Der Agrar- und Umweltminister von Sachsen-Anhalt, Hermann Onko Aikens (CDU), und der Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (ebenfalls CDU) haben einen Brief an Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) geschrieben. Inhalt: ihre Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Kohlendioxid-Speicherung (CCS-Gesetz). Darin sprechen sich Haseloff und Aikens für die CCS-Speicherung in der Altmark aus, wenn sich Bund und Land die Haftung teilen. Zudem hätten sie die Bundesregierung angeboten, den Landtag bei der Entscheidungsfindung außen vor zu lassen, schreibt der "europaticker" am 7. Oktober. Sie werfen den Abgeordneten "politisches Kalkül" vor.

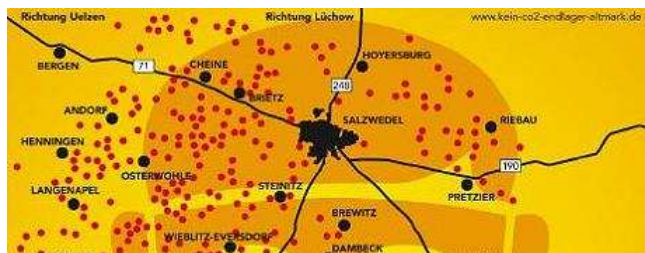
Es klingt, als sei das etwas Ehrenrühriges. Politisches Kalkül. Es sind solche Formulierungen, die ahnen lassen, wie weit entfernt einige Politiker in Deutschland mittlerweile von einem klassischen Verständnis einer Stellvertreter-Demokratie sind. Politik ist für sie irgendwie etwas, das einem gehört, wenn man eine Wahl gewonnen hat, eine Art Freifahrtschein für große Projekte.

Es wird zwar von Politikverdrossenheit geredet in Deutschland. Doch gerade die Proteste und landesweit aus dem Boden schießenden Bürgerinitiativen sprechen eine andere Sprache: So lebendig war Politik in Deutschland seit 20 Jahren nicht mehr. Und so falsch waren gleich ganze Reihen von Artikeln nicht mehr, die auf einmal eine "Dagegen-Republik" an die Wand malen.

Es ist ein wenig wie bei Brecht: Nicht die Bürger haben sich von der Politik entfernt. Sie bleiben zu den Wahlen nicht zu Hause, weil ihnen die Demokratie Wurst wäre. Sie blieben wohl augenscheinlich zu Hause, weil ihnen das angebotene Personal der antretenden Parteien immer weniger gefiel. Ein Personal, das dann trotzdem in die Ministerien einzog und dafür sorgte, dass die Stimmung weiter kippte, wie eine jüngste ARD-Umfrage belegt.

Nach dem jüngsten ARD-Deutschlandtrend hat ein Großteil der Deutschen das Gefühl, dass sich die politisch Handelnden von ihrer Lebenswelt abgekoppelt haben. 80 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, in Deutschland würden wichtige Entscheidungen getroffen, ohne dass die Interessen der Menschen berücksichtigt werden. 98 Prozent – also fast alle Befragten – sind der Meinung, dass die Politik wieder stärker den Kontakt zum Volk suchen muss. 85 Prozent finden: "Die meisten Politiker wissen nicht, was im wirklichen Leben los ist."

Und nicht genug, dass man die Verantwortlichen mit ihrer Entscheidungs-Arroganz ins Dilemma schlittern sieht. In Sachsen-Anhalt ist man auf dem besten Weg, denselben Effekt mit einer von Bürgern heftig abgelehnten Verpressung von CO2 in der Altmark zu erreichen. Natürlich sind es auch hier wieder Konzerne, die darauf hoffen, dass es hier was zu verdienen gibt.



Bohrlochkarte der Altmark: mittendrin die Stadt Salzwedel.
Foto: BI Kein CO2 Endlager Altmark

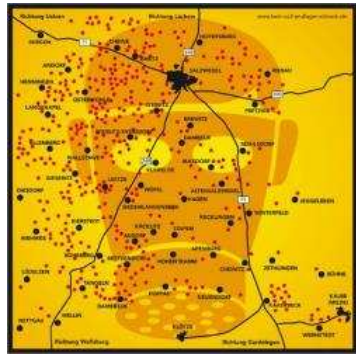
In der westlichen Altmark im Norden von Sachsen-Anhalt an der Grenze zu Niedersachsen wollen die Energiekonzerne Vattenfall und Gaz de France Suez (GDF SUEZ) unter wissenschaftlicher Begleitung durch das Deutsche GeoForschungsZentrum (GFZ) in einem Pilotprojekt 100.000 Tonnen CO2 aus einem Lausitzer Braunkohlekraftwerk mit CO2-Abscheidung (CCS-Technologie) in poröse Sandsteinschichten unter die Altmark verpressen. Aus Jämschwalde nämlich. Die L-IZ berichtete.

Dies soll stattfinden in einem Gebiet ehemaliger Gaslagerstätten, welches etwa 2.000 km2 umfasst und von ca. 100.000 Menschen bewohnt wird. Und in der Altmark gehen nicht nur die Bürger auf die Barrikaden. Auch der Kreistag und mittlerweile fünf Stadt- und Gemeinderäte haben sich grundsätzlich gegen die geplante CO2-Verpressung ausgesprochen. Lokalpolitiker äußern sich parteiübergreifend gegen das Projekt, das augenscheinlich mit Gefahren gespickt ist, die die zuständigen Minister einfach beiseite wischen.

„Selbst Beratungsgremien der Bundesregierung zweifeln am Sinn und Zweck der CCS-Technologie – im Hinblick auf deren Sicherheit, ihre Bedeutung für den Klimaschutz und den wirtschaftlichen Nutzen“, schreibt der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Georg von der Marwitz in einem "Positionspapier zu Carbon Capture and Storage (CCS)". - "CCS ist keine Brücke, sondern eine Sackgasse – übersteuert, riskant und nicht ansatzweise nachhaltig. Angesichts der vorab dargestellten Risiken darf es nicht zu einer Anwendung der CCS-Technologie – weder industriell noch experimentell – kommen.“

Am Montag waren Haseloff und Aikens zurückgerudert. Auf Anfrage stellten ihre Ministerien klar: In dem Brief an Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen werde an keiner Stelle die Altmark als Speicherstandort für CO2 genannt. Den Ministern ginge es ausschließlich darum, dass der Bund im Rahmen des CCS-Gesetzes seine Verantwortlichkeiten nicht auf die Länder delegiert, sprich Sachsen-Anhalt will weder Genehmigungsbehörde für mögliche CCS-Einlagerungen sein noch die Haftung nach Stilllegung übernehmen, was der jetzige Bundesgesetzentwurf vorsieht.

„Lippenbekenntnisse helfen dem Klima nicht weiter, jetzt müssen konkrete Taten erfolgen“, erklärt der Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt, Christoph Erdmenger. Dazu gehöre auch das Ende der Subventionen für Kohlekraftwerke in der Wirtschaftsförderung, im Emissionshandel und bei der Förderabgabe für Rohstoffe. Als vollends widersprüchlich kritisieren die Bündnisgrünen auch die Aussage, die Nutzung des klimaschädlichsten aller Brennstoffe, der Braunkohle, weiter ausbauen zu wollen. Auch die weitere Unterstützung der Autobahn A 14 passe nicht zum neuen Bewusstsein.



Die Altmark: von Bohrlöchern überseht und als CO2-Lagerstätte vorgesehen.

Foto: BI Kein CO2 Endlager Altmark

Und mittlerweile scheinen auch weitere Negativauswirkungen der CO2-Verpressung in der Altmark möglich.

„Zur Geheimsache erklärt das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) in Halle mögliche Umweltschäden durch die geplante CO2-Einlagerung in einem Erdgasfeld in der Altmark gegenüber dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)“, heißt es zum Gefahrenpotential im „europaticker“. „Nachdem Mitglieder vom VSR-Gewässerschutz von verschiedenen Bürgern aus der Altmark über vermutete sehr hohe Schwermetallgehalte informiert worden waren, wollten die Umweltschützer auf Grundlage des Umweltinformationsgesetz genauere Daten erhalten. Nur so kann man die Gefahrenlage besser abschätzen. Schon im Februar dieses Jahres erbat man daher nähere Informationen über die Schwermetallgehalte des geförderten Erdgases. Nach zwei Monaten kam dann die Antwort, dass es sich bei den gewünschten Daten um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt. Diese dürfen nach Auffassung des zuständigen Sachbearbeiters beim Landesamt dem BBU nicht bekannt gegeben werden.“

„Da das Umweltinformationsgesetz gerade Transparenz zwischen dem Bürger und dem Staat im Bereich des Umweltschutzes schaffen soll, ist für uns diese Geheimniskrämerei nicht nachvollziehbar,“ so Dipl.-Phys. Harald Gülzow, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des BBU.

Bei der Speicherung von Kohlendioxid in einem derart tiefen Erdgasfeld wie in der Altmark werde CO2 überkritisch. Es könne dann die im Boden vorhandenen Schwermetalle wie Quecksilber lösen und transportieren. Gute Informationen über die vorhandenen Schwermetalle im Altmarker Feld können über die Schwermetallbelastung des geförderten Erdgases erhalten werden. Das Rohgas kann sehr unterschiedliche Quecksilberkonzentrationen enthalten. Diese kann von wenigen bis über 10.000 Mikrogramm pro Kubikmeter betragen. Je nachdem, welche Konzentration vorliegt, kann im Falle der Freisetzung von CO2 in das Grundwasser eine erhebliche Gefährdung entstehen.

„Da niemand eine hundertprozentige Dichtigkeit bei der CO2-Speicherung über die nächsten Jahrhunderte garantieren kann, ist die Gefahr einer zusätzlichen Schwermetallbelastung des Grundwassers als Folge der Einlagerung von CO2 durch Vattenfall in der Region relativ wahrscheinlich. Die Quecksilberkonzentration des geförderten Rohgases ist dabei der einzige Anhaltspunkt, um die zu erwartende Belastung für das Grundwasser abschätzen zu können. Es ist nicht zu verstehen, dass die Auskunft verweigert wird“, erläutert Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz.

Mehr zum Thema:

Mitteldeutschland hebt ab: Ein Flughafen wird reaktiviert

Cochstedt ist über die Jahre zu einem Problem ...

Stanislaw Tillich und die CO2-Einlagerung in Sachsen: Energiepolitik von morgen oder gestern?

Nun ist es also heraus. Auch Sachsen ...

Sachsen und das halbe Vattenfall-"Dementi": Braunkohle-Verstromung wird unrentabel

Es klang wie ein Dementi, als die Zeitungsportale ...

Der BBU und der VSR-Gewässerschutz fordern daher im Vorfeld der CO2-Speicherung, dass die Öffentlichkeit über alle mit der CO2-Speicherung in Zusammenhang stehend Daten und Fakten informiert wird.

„Die Bürger und Bürgerinnen sind gerade bei einer so kritischen Technologie darauf angewiesen, alle Informationen zu den Risiken bzw. Gefährdung zu erhalten. Betriebsgeheimnisse sind bei Daten, die im direkten Zusammenhang mit der CO2-Speicherung stehen, nicht hinzunehmen“, so Harald Gülzow vom BBU.

Aber wo ist die Alternative? Immerhin scheinen ja Politiker in Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt immer noch zu glauben, ohne die Verbrennung von Braunkohle könnten sie die Energieversorgung in den drei Ländern nicht sichern.

In einem "Positionspapier Verwertung und Speicherung von CO2" hat selbst der Verband der Chemischen Industrie (VCI) 2009 schon erklärt: „Grundsätzlich hat die Vermeidung zusätzlicher CO2-Emissionen durch Ausschöpfung aller möglichen Maßnahmen zur Energieeinsparung und Erhöhung der Energieeffizienz, zur Steigerung der Kraftwerkswirkungsgrade sowie zum Ausbau nicht-fossiler Energiequellen oberste Priorität und ist allen Optionen der Speicherung und Verwertung von bereits gebildetem CO2 vorzuziehen.“

Und das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH in einer Studie, die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, gefördert wurde: "Im Verhältnis zu CCS-Kraftwerken schneiden vergleichbare Großanlagen aus dem Bereich Erneuerbare Energien (z.B. solithermische Kraftwerke, Offshore Windenergieanlagen) über die gesamte Prozesskette betrachtet, in allen Wirkungskategorien deutlich besser ab.“

www.umweltruf.de

www.kein-co2-endlager-altmark.de

Der ARD-Deutschlandtrend: www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend1158.html

Mediathek

L-IZ Mediathek. Videos | Audios



Video: Grundsteinlegung für Sanierung der Kongresshalle - 30 Millionen Euro Investition



Video: Attac Leipzig sorgt für Stress bei der Deutschen Bank: Ackermann verhaftet



Audio: Markkleeberger Bürgerinitiative zum B-Plan Zöbiger Winkel

